

«Die Motivation ist im Keller»

Ein Mitarbeiter äussert sich zur schwierigen Situation und übt Kritik am Sozialplan der AG Cilander.

Ramona Koller

Am Montag wurden in der AG Cilander die Kündigungen ausgesprochen. Vielen Mitarbeitern wurde scheinbar bereits auf Ende April gekündigt. «Das ist nochmals zwei Monate früher als erwartet. Wir haben mit Ende Juli gerechnet», sagt ein Mitarbeiter der AG Cilander, der anonym bleiben will, gegenüber der «Appenzeller Zeitung».

Die Stimmung im Betrieb sei entsprechend im Keller. Der Mitarbeiter hat das Vertrauen in die Firma verloren. «Nun muss ich innert kurzer Frist einen neuen Job suchen. Das stellt auch mein Privatleben auf den Kopf», so der Mitarbeiter.

Er habe in weiser Voraussicht die erste Bewerbung abgeschickt, als zum ersten Mal offiziell von einer Schliessung die Rede war. «So kann ich vielleicht wenigstens die Einstellungsphase beim RAV umgehen. Andere hatten mehr Vertrauen in die Firma als ich und haben bis heute mit einer Besserung gerechnet. Für sie ist es nun natürlich krass, die Kündigung in Händen zu halten», so der anonyme Mitarbeiter.

Vielen Mitarbeitenden sei schon länger klar, dass es zur Schliessung kommen wird. «Wir bemerken schliesslich auch, dass die Auftragslage über Monate hinweg dürrig war. Da muss man nur noch eins und eins zusammenzählen», so der Angestellte.

Übernahme einzelner Sparten möglich

Für die Mitarbeitenden sei die Situation belastend. «Es gibt wohl noch einige Textilunternehmen in der Ostschweiz, welche Stellen ausgeschrieben haben, auf die sich die Angestellten der AG Cilander bewerben



Die Maschinen in der AG Cilander stehen bald still.

Bild: Urs Jaudas

können. Aber es reicht niemals für alle 190 Betroffenen», so der Angestellte.

Abklärungen zu Übernahmen von einzelnen Marken, Produkten oder Geschäften werden, wie CEO Burghard Schneider bereits zu einem früheren Zeitpunkt gegenüber der Appenzeller Zeitung erwähnte, derzeit getätigt. Beispielsweise für die von der AG Cilander übernommene Firma Alumo sehe man gute Chancen für die Übernahme durch neue Besitzer.

Es seien viele Angebote umgebender und partnerschaftlicher Unternehmen eingegangen mit Jobangeboten für verschiedenste Qualifikationen vom La-

geristen über Schichtarbeiter bis hin zur Verwaltung und zum Kader. Auch für die elf Lernenden hätten neue Lehrbetriebe gefunden werden können.

Die Firma hat ausserdem einen Sozialplan erstellt. Dieser weist laut dem anonymen Mitarbeiter allerdings grosse Lücken auf und unterstützt weitestgehend Mitarbeitende, die kurz vor der Pension stehen: «Das ist natürlich löblich. Aber die anderen haben das Nachsehen.»

Begleitung und Unterstützung

Am wenigsten Unterstützung erhalten laut der Auskunftsperson jene, die seit Jahrzehnten nicht

mehr im angestammten Beruf arbeiten, schlecht Deutsch können oder keine Ausbildung haben. «Diese Personen sind teils weit von der Pension entfernt und von den Sonderregelungen im Sozialplan ausgenommen», so der Angestellte.

Innerhalb des Sozialplans wird ein Care-Team eingesetzt, das den Angestellten bei der Suche nach einer Anschlusslösung helfen soll. «Wenn das organisatorisch genau so abläuft wie der Betrieb in den letzten Jahren, sehe ich allerdings schwarz», hält der anonyme Angestellte fest.

Cilander-CEO Burghard Schneider führt aus, dass der Sozialplan unter dem Motto «Be-

gleitung & Unterstützung der Mitarbeiter auf dem Weg zur Anschlusslösung» steht und entsprechende Massnahmen enthält. «Er enthält unter anderem verschiedene Ansätze und Ideen aus dem Konsultationsverfahren und der Personalkommission, mit der vertrauensvoll zusammengearbeitet wurde», so Schneider.

Unterstützung leiste hier auch die Steinegg-Stiftung. Schwerpunkt der beruflichen Neuorientierung seien die Betreuung und Beratung durch das extra aufgestellte interne Care-Team. Neben Jobbörse und Stellenvermittlung werden konkret Lebensläufe erstellt, gemein-

sam Bewerbungsschreiben erarbeitet und für Gespräche vorbereitet. Bewerbungstrainings und individuelle Beratung für die Einzelsituation runden das Angebot laut Schneider ab.

Anschlusslösungen für alle

«Vor einer Pensionierung stehen nur wenige Mitarbeiter. Wir fokussieren die Aktivitäten auf Anschlusslösungen für alle. Finanzielle Unterstützung wird für Umschulungen, erhöhten Mobilitätsbedarf und Lohndifferenz einer neuen Arbeitsstelle gewährt, berücksichtigt aber auch besondere, individuelle Härtefälle», so der CEO. Aktuell liege der Fokus auf Mitarbeitern, die kurze Kündigungszeiten und gegebenenfalls schlechte Ausgangsbedingungen für einen Job- und Arbeitgeberwechsel haben.

Bis Ende Juli sollen die Angestellten, die nicht schon vorab gekündigt werden, ihren Job noch ausführen. Die Liquidität des Unternehmens und die Lohnzahlungen sowie die im Sozialplan festgelegten Entschädigungen sollen so gewährleistet werden. «Es werden vermutlich einige bis zum Schluss arbeiten. Aber die Motivation ist im Keller», so der Angestellte.

In den Augen des anonymen Mitarbeiters sei die Situation, in der sich der Textilbetrieb befindet, nicht ausschliesslich der wirtschaftlichen Lage geschuldet. «Es gibt vieles, was organisatorisch nicht optimal gelaufen ist. Wenn man merkt, dass ein Produkt nicht den Qualitätsanforderungen genügt, dann sollte man etwas anpassen», beschwert er sich. Er und weitere Mitarbeitende hätten kein Vertrauen in das Unternehmen, dass dieses den Sozialplan entsprechend den Versprechen umsetzen kann.

SP lanciert Initiative zur Prämienverbilligung

In Ausserrhoden sollen die Haushalte bei den Krankenkassenprämien entlastet werden. Dafür will die SP Unterschriften sammeln.

Jesko Calderara

Auf dieses Jahr hin sind die Krankenkassenprämien in Appenzell Ausserrhoden überdurchschnittlich stark gestiegen. Das Wachstum lag bei über zehn Prozent und damit weit höher als anderswo in der Schweiz. Als Folge davon hat der Kanton im Voranschlag 2024 mehr Mittel für die individuelle Prämienverbilligung (IPV) bereitgestellt.

Die Verteilung der IPV-Gelder gibt im Kantonsrat immer wieder Anlass zu Diskussionen. Die Kritik richtet sich dahin gehend, dass zu wenige Personen davon profitieren. Nun könnte das Thema erneut auf die politische Traktandenliste kommen, denn die SP Appenzeller Ausserrhoden lanciert eine Volksinitiative, wie sie unlängst beschlossen hat.

Handlungsbedarf sieht die Partei in erster Linie wegen der



Martina Jucker ist Co-Präsidentin der Ausserrhoder SP.

Bild: zvg

steigenden Gesundheitskosten. Die neue SP-Co-Präsidentin Martina Jucker verweist auf die Bevölkerungsumfrage, welche der Regierungsrat im Rahmen des Regierungsprogrammes 2024-2027 in Auftrag gegeben hat.

Bevölkerung sorgt sich um den Kostenanstieg

Dabei hatte sich klar gezeigt, dass der Kostenanstieg im Gesundheitsbereich die grösste

Sorge der Ausserrhoder Bevölkerung ist, sagt Jucker. Mit ihrer Initiative fordert die Ausserrhoder SP, dass der Anspruch auf IPV gemäss eingereicherter Steuererklärung geklärt und definiert wird. Zudem soll die Maximalbelastung der Haushalte für die Krankenkassenprämien zehn Prozent des verfügbaren Einkommens nicht übersteigen.

Neu ist dieses Anliegen nicht. Es entspricht dem Inhalt einer Initiative der sozialdemokratischen Mutterpartei, die voraussichtlich im Sommer zur Abstimmung kommt. «Damit stellen wir sicher, dass die IPV in Ausserrhoden auch dann gestärkt werden kann, wenn die nationale Initiative nicht angenommen wird», sagt Jucker. Ihrer Partei sei bewusst, dass damit das Kostenproblem im Gesundheitswesen nicht bekämpft wird. «Die betroffenen Versicherten brauchen aber jetzt Entlastung, da laut Prognosen die

Gesundheitskosten in den kommenden Jahren weiter steigen dürften.»

Nach Einschätzung von Martina Jucker haben die Kantone bei der Ausgestaltung der IPV einen grossen Spielraum.

Ausserrhoden rechne vergleichsweise mit vielen Parametern den Anspruch aus. «Aus diesem Grund werden weniger Personen erreicht, als effektiv auf Unterstützung angewiesen wären.»



Die Versicherten in Ausserrhoden müssen 2024 im Durchschnitt 10 Prozent mehr für die Krankenkassenprämien bezahlen.

Bild: Thomas Hary

Eine Deckelung der Prämienbelastung, gebunden an das verfügbare Einkommen, würde nach Meinung der SP für viele Haushalte in Appenzell Ausserrhoden eine grosse finanzielle Entlastung bringen. Zudem werde der Anspruch automatisch geklärt, sagt die SP-Co-Kantonalpräsidentin. Dadurch würden auch Personen profitieren, für die das Ausfüllen des Antrages eine zu grosse Hürde darstellt.

Unterschriftensammlung beginnt im Frühling

Wie stark die Initiative der SP die Kantonskasse belasten würden, kann Jucker noch nicht sagen. Momentan könnten noch keine Zahlen geliefert werden, da es noch Unklarheiten gebe zum frei verfügbaren Einkommen, das Basis der Berechnungen ist. Klar ist hingegen, dass die SP mit der Sammlung der benötigten 300 Unterschriften im Frühling beginnen will.